

Fälscher-Bild wieder ausgestellt

»Aus Rache« an Kunstexperten, die seine Bilder als drittrangig einschätzten und um »ihre Unfehlbarkeit auf die Probe zu stellen«, malte Han van Meegeren (1889–1947) die »Emaus-Jünger« in der Art des Johannes Vermeer (1632–1675) und ließ das Bild 1937 entdecken: Viele Experten (u. a. Bredius und van Vriesland) feierten das Meisterwerk und das Museum Boymans-van Beuningen in Rotterdam kaufte es an. Als einige Jahre später die Fälschung aufgedeckt wurde, verbannte die Museumsleitung das Bild in den Keller. Jetzt holte sie es wieder hervor und gab ihm einen ständigen Platz: als historisch-kulturelles Dokument. Marijke van den Brandhof schrieb eine Dissertation über den Fall van Meegeren (»Vroege Vermeer uit 1937«).

Hochschul-Abbau in Niedersachsen

Das Fach Kunstwissenschaft an der Universität Osnabrück ist durch die rigorosen Sparpläne der Niedersächsischen Landesregierung außerordentlich stark gefährdet.

Zur Situation:

In Osnabrück stehen dem Fach Kunstgeschichte z. Z. drei Lehrende zur Verfügung (eine feste C4-Stelle, eine zeitbegrenzte C2-Stelle und eine vakante, verwaltete C2-Stelle). Für die vakante C2-Stelle liegt seit Januar 1985 dem Niedersächsischen Ministerium eine Liste von Bewerbern vor. Diese Liste ist bisher vom Ministerium weder behandelt, geschweige denn entschieden worden. Die C2-Stelle wird seit Jahren von verschiedenen Lehrbeauftragten verwaltet, die aufgrund der begrenzten Einstellungsdauer (meist nur für ein Semester) nicht in der Lage sind Prüfungen abzunehmen oder effektiv mit aufbauenden Seminaren und Vorlesungen zu lehren. In Zusammenhang mit den Sparbeschlüssen der Niedersächsischen Landesregierung, die der Universität die Einsparung von 50 Stellen bis 1988 auferlegt, droht nun die ersatzlose Streichung dieser für das Fach Kunstgeschichte außerordentlich wichtigen Stelle.

Außerdem liegt z. Z. ein Versetzungsantrag des Braunschweiger Kunsthistorikers Prof. Liess nach Osnabrück vor, der aus triftigen Gründen von den Lehrenden und Studierenden des Faches Kunstgeschichte abgelehnt wird. Durch die Versetzung von Herrn Lies würde

wahrscheinlich nicht nur die vakante C2-Stelle fortfallen, es würde auch das Kunsthistorische Institut in Braunschweig gefährdet. Die C4-Stelle, die dort wegen der Emeritierung des Inhabers gerade frei ist, könnte ebenfalls gestrichen werden. Der MA-Studiengang des Braunschweiger Fachbereichs, an dem die Kunstgeschichte neben ihrer Einbindung in die Architekturausbildung beteiligt ist, würde entsprechend geschwächt. Das würde eine Verschlechterung der Situation der Kunstwissenschaften auf Landesebene bedeuten, insbesondere eine Verstärkung der Tendenz, Kulturwissenschaften aus den Technischen Hochschulen zu verdrängen. Die Autonomie der Hochschule würde durch eine von außen aufgezwungene Besetzung der Stelle um ein weiteres Stück abgebaut. Statt Berufungsvorschlägen zu folgen, könnte es Praxis werden, Versetzungen vorzunehmen. Gegen diesen Eingriff durch das Ministerium wehren wir uns. Berufungsvorschläge werden aufgrund eingehender Prüfung der Qualifikationen der Kandidaten und ihrer spezifischen Eignung in Hinblick auf die besonderen Bedingungen und wissenschaftlichen Voraussetzungen von der Hochschule beschlossen und nicht von der Regierung. Die Berufung durch die Universitäten, die alleine eine fachliche Kooperationsmöglichkeit garantieren, werden bei Versetzungsverfahren unmöglich gemacht. Damit kann gerade ein kleines Fach wie die Kunstgeschichte in Osnabrück funktionsunfähig gemacht werden.

Wir fordern die sofortige Besetzung der C2-Stelle, für die seit über zwei Jahren eine von den Gremien der Universität beschlossene Prioritätenliste dem Ministerium vorliegt. Die Gefährdung des Faches Kunstgeschichte in Osnabrück geht nicht nur von der drohenden Streichung der C2-Stelle aus, sondern auch von der katastrophalen materiellen Situation: So stehen dem Fach Kunstgeschichte nur drei ¼-Hiwi-Stellen zur Verfügung, außerdem gibt es keine wissenschaftlichen Assistenten. Es fehlt also der wissenschaftliche Unter- und Mittelbau für das Fach. Zuschüsse für dringend erforderliche Exkursionen werden nicht bewilligt, womit die Teilnahme an Exkursionen für Studierende außerordentlich erschwert, bzw. unmöglich wird. Die Überlastung der Lehrenden durch Prüfungen und Verwaltungsaufga-

ben verlängert zwangsläufig das Studium und macht den Studienabschluß im Rahmen der Regelstudienzeit unmöglich. (Erinnert sei hier an die drohenden Studiengebühren für Studenten, die die Regelstudienzeit überschreiten).

Die Studentinnen und Studenten des Faches Kunstgeschichte der Universität Osnabrück fordern die sofortige Beseitigung der oben genannten Mißstände, also:

- sofortige Besetzung der vakanten C2-Stelle,
- keine weiteren Mittelkürzungen für das Fach Kunstgeschichte in Osnabrück, da weitere Streichungen das Todesurteil für dieses Fach in Osnabrück bedeuten würde, sondern
- im Gegenteil, Ausbau der geisteswissenschaftlichen Fächer.

Diese Forderungen wurden auf der letzten KSK (Kunsthistorische Student/-inn/en Konferenz, 17.06. – 21.06.87 in Kassel) von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern in einer Resolution einstimmig unterstützt. Die Studierenden des Faches Kunstgeschichte der auf der KSK vertretenen Universitäten haben uns ihre Solidarität und weitere aktive Mithilfe zugesagt. Durch Informationen und Aktionen (Flugblätter, Unterschriftenlisten, Pressemitteilungen, Interviews etc.) wollen wir auch über die Universität Osnabrück hinaus auf unsere Situation aufmerksam machen, um unsere Forderungen durchzusetzen.

Wird das wichtigste Baudenkmal der Nachkriegsdemokratie abgerissen?

Der Bundestag hat in einer der seltenen freigegebenen Abstimmungen mit großer Mehrheit ein Votum für den Abriß des Plenarsaales gegeben.

Das Bundeshaus in Bonn wurde 1930 als Pädagogische Akademie geplant und 1938 fertiggestellt. 1948 zog der Parlamentarische Rat ein. Die NRW-Landesregierung finanzierte den Anbau eines Plenarsaales für den Deutschen Bundestag, der in Wiederaufnahme der Ausdruckssprache des Bauhauses, die bereits der ältere Gebäudeteil besaß, erfolgte.

Die Neuplanung läuft seit 1970. Mehrfach wurden Beschlüsse gestoppt. Der Plenarsaal soll vor allem abgerissen werden, um eine erheblich größere Eingangshalle bauen zu können, damit auswärtige Besucher »würdig« in den Saal geleitet werden.

Gegen den Abriß regte sich Widerstand. Landeskonservator Dr. Udo Mainzer widersetzte sich. Die Opposition im Bundestag (»Instandsetzungsfraktion«) wirft dem Wortführer der »Abrißfraktion« Peter Conradi (SPD), von Beruf Architekt, vor: »Es ist dieselbe Mentalität, die mit dem Kahlsanieren und »Dem Planieren statt Sanieren« unsere Städte nicht gerade verschönt hat«, sie habe eine »architektonische Großmannsucht«, sie präsentiere »einen Faustschlag aus Beton« (Burckhard Hirsch).

Ein Gutachten ergab, daß die Standfestigkeit und Solidität des Gebäudes beachtlich ist. Der für den Denkmalschutz zuständige Minister in Nordrhein-Westfalen, Dr. Christopf Zöpel, erklärte nach Beratungen mit Experten: nur die »konservatorische Lösung« trägt den Belangen des Denkmalschutzes Rechnung, ein Abbruch beseitigt »die Denkmaleigenschaft des Bundeshauses im Plenarbereich. Zöpel: Das Bonner Bundeshaus ist als »Symbol für die Wiederbegründung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland ein Geschichtserzeugnis allerersten Ranges«. »Inhalt und Erscheinungsbild des Bundeshauses sind im Bewußtsein der Bürger zu einer Einheit verschmolzen.«

»Ich verstehe es nicht, wenn ausgerechnet die CDU/CSU selbst für den Abriß jener Stätte plädiert, wo doch der erste Kanzler unserer Republik gewählt worden ist. Dieser Plenarsaal ist ein einmaliges Denkmal unserer parlamentarischen Demokratie überhaupt, nachdem der Reichstag seine Funktion eingebüßt hat.« Der Minister vertrat die Ansicht, daß die Mängel am Gebäude (Feuerschutz) ohne Abriß beseitigt werden können. Er könne einem »Totalabbruch« des Plenarsaales nicht zustimmen, da er einen kaum wiedergutzumachenden Schaden für den Gedanken des Denkmalschutzes bedeute und die »Vorbildrolle und Glaubwürdigkeit des Staates« in Frage stelle. Minister Zöpel räumte allerdings ein, in einer Abwägung der Belange falle das Abrißvotum des Parlamentes, ob richtig oder nicht, wohl entscheidend in die Waagschale.

Die Kosten für den Neubau sollen rund 140 Millionen DM betragen. Einer der Gegner des Abrisses, der FDP-Abgeordnete Dr. Burckhard Hirsch, erklärte: »Es ist und bleibt ein Bubenstück, in Bonn ein »Haus der Geschichte der Bundesrepublik« bauen zu wollen, wenn

man gleichzeitig das Haus, in dem sich diese Geschichte abgespielt hat, niederlegen will«.

Materialien zur documenta 8

Vom 12. Juni bis 20. September wird in Kassel die 100-Tage-Ausstellung für neue internationale Gegenwartskunst gezeigt. Zur Orientierung im schwierig durchschaubaren Kunstbetrieb hat eine Autorengruppe in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Institut für Lehrerfortbildung und der documenta GmbH eine umfassende Materialsammlung als »Leitfaden für Besucher« erstellt.

Diese Materialien ersetzen nicht den Ausstellungskatalog, eher werfen sie Schlaglichter auf die Bedingungen zeitgenössischer Kunst und ihrer Vermittlung. Dazu enthält das Heft in gegliederten Kapiteln Beiträge vom documenta-Leiter, von Künstlern, Kritikern, Kunstmarktexperten, Beiträge zur Geschichte und Funktion der documenta, zum Ausstellungspublikum, zur Lage der Künstler und zum Kunstbegriff. Mehrere Abschnitte sind exemplarisch den ausstellenden Künstlern gewidmet.

Für den schulischen Bereich, die Erwachsenenbildung und Kunstinteressierte werden Vermittlungsmöglichkeiten skizziert. Die Sammlung beinhaltet neben zahlreichen Erstveröffentlichungen auch ausgewählte Beiträge aus der Fachpresse der letzten Jahre. Sie umfaßt ca. 200 Seiten (Format DIN A 4) mit zahlreichen Abbildungen und ist für DM 15,- (zuzüglich DM 3,- für Porto u. Verpackung) zu bestellen beim Hessischen Institut für Lehrerfortbildung, 3501 Fulda 1

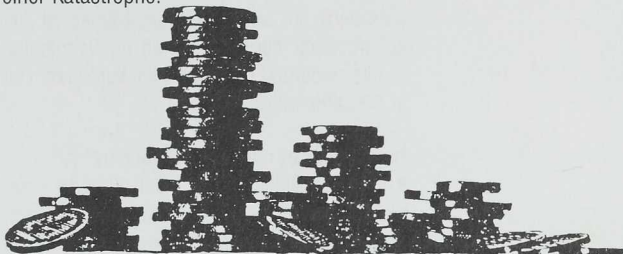
Scheitert der Ankauf der Nussbaum-Villa in Osnabrück?

Die Stadt Osnabrück, die einen großen Teil der Werke des in Osnabrück geborenen und 1944 in Auschwitz ermordeten jüdischen Malers Felix Nussbaum erworben und im Kulturgeschichtlichen Museum der Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat, weigert sich mit einer Mehrheit von CDU und SPD, trotz Beteiligungszusage des Wissenschaftsministers Niedersachsens, die verfallende Villa Nussbaum (1922) anzukaufen. Dort soll nach dem Willen mehrerer Initiativgruppen, u.a. der Guernica-Gesellschaft, »an das Schicksal der vom Faschismus Ermordeten, Verjagten und Verleumdeten« erinnert werden; u.a. in Form von Aus-

stellungen, einem Nussbaum-Archiv und einem Treffpunkt für jüdisch-deutsche Begegnung.

Kultur-Katastrophe: Steuerreform

Die »Steuerreformen« ziehen Gelder aus den Kommunen ab: Aus Kiel 3 Mio. (in der Hauptstufe 1990: 23 Mio) aus Flensburg 1 Mio., aus Duisburg 6,6 Mio., aus Essen 8,3 Mio., aus Frankfurt 10,5 Mio. (in der Hauptstufe 1990 87 Mio.), aus München 22,7 Mio. (in der Hauptstufe 1990 190 Mio.) Diese Mittel werden zum Teil auch der Kultur fehlen. Experten sprechen von einer Katastrophe.



Denkmal des unbekanntenen Deserteurs

Nach heftigen Diskussionen lehnte die Mehrheit der Bremer Bürgerschaft den CDU-Antrag ab, das Denkmal »Dem unbekanntem Deserteur« zu entfernen. Das Denkmal, ein in Zement gegossener Kopf mit einem Stahlhelm, war im Oktober 1986 als »Stein des Anstoßes« von einer Gruppe »Reservisten verweigern sich«, die sich für das Recht auf Totalverweigerung einsetzen, aufgestellt worden.

Berichtigung

Durch ein Mißverständnis der früheren Redaktion geriet die Besprechung der Friedrich-Ausstellung von Klaus Herding (Kritische Berichte 4/1986) in den Zusammenhang mit der Kongreß-Sektion des Kunsthistorikertages in Berlin (Leitung: Herwarth Röttgen). Darüber entstand einige Verwirrung, die die Redaktion bedauert. Zur Verdeutlichung: Ausschließlich die Ausstellung war gemeint.

Hardt-Walther Hämer – Vorkämpfer für sozialkulturelle Sanierung

Die Technische Universität München hat Prof. Hardt-Walther Hämer die Würde eines Ehrendoktors verliehen. Hämer, als Hochschullehrer an der Hochschule für Bildende Künste in

Berlin tätig, hat außerordentliche Verdienste durch seine konsequente sozialkulturelle Sanierung in Westberliner Stadtteilen, vor allem in Kreuzberg. Er zählt zu den ersten, die gegen die Flächensanierungen kämpften und entwickelte als einer der ersten konkrete Alternativen, die er dann in großem Umfang als einer der beiden Direktoren der Internationalen Bauausstellung Berlin (IBA) realisieren konnte, in langen und harten Konflikten mit der Baulobby, der Baubehörde und nicht zuletzt seinem Mit-Direktor Prof. Kleihues. Die Ehrung mögen auch die vielen Mitarbeiter von Hämer im Laufe einer Tätigkeit von rund 20 Jahren (gut publiziert) auf sich beziehen. Hämer ist Geschäftsführer der Gesellschaft für Behutsame Stadterneuerung mbH in Berlin. Vor kurzem ist er 65 Jahre alt geworden.

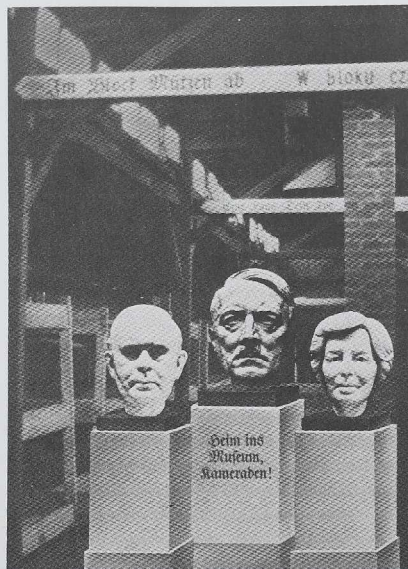
Nazi-Kunst in deutschen Museen?

8000 Nazi-Bilder nahmen nach 1945 die Amerikaner in die USA mit. Nachdem 6000 aufgrund eines »Rückführungsgesetzes« 1986 ins Depot des Armeemuseums in Ingolstadt gebracht wurden, entstand eine heftige Kontroverse darüber, ob Teile davon ausgestellt werden dürfen. Der zuständige Bundesfinanzminister verfügte einstweilen: Kein öffentlicher Zugang! Die »heiße Ware«, die Jahrzehnte lang vor allem in den Fluren des US-Verteidigungsministeriums (!) gehangen hatte, fand dort viel

Beifall von naiven Leuten, die in ihnen die »blonden Rambos eines Weltmachtraumes« sahen. Klaus Staeck und Stephan von Wiese wandten sich gegen die Ausstellung dieser Altlasten. Ebenso der unter den Nazis verfeimte Maler Emil Schumacker. 22 Mitglieder des Kunsthistorischen Instituts in Bonn »wünschen sich sogar«, daß die »offizielle Kunst« ausgestellt werde: Als »Anschauungsmaterial« zum Durchschauen und Verarbeiten von Problemen der »Machtausübung und des Ohnmachtigseins«. »Die Grenzen zum historischen Museum wären da fließend.« Hermann Glaser, Kulturdezernent von Nürnberg und Werkbund-Vorsitzender will Nazi-Kunst im Goldenen Saal in Nürnberg ausstellen – aber nur im Zusammenhang mit Aufklärung.

Werner Hofmann, Museumsdirektor in Hamburg: Man soll sehen, daß in den Dreißiger Jahren nicht nur Nolde und Beckmann malten, sondern auch Nazi-Künstler. In Berlin wollen Künstler Nazi-Kunst in einem Luftschutz-Bunker ausstellen. Sind es die Argumente von Voyeren? Der Schokoladen-Fabrikant, Kunstsammler und Lehrbeauftragte für Kunstgeschichte an der Universität Köln, Prof. Dr. Peter Ludwig: Der Aufruf, keine Nazi-Kunst auszustellen »ist derselbe wie Goebbels entartete Kunst anders herum. Wir werden entmündigt.« Gegenfrage: Setzt sich Ludwig auch so vehement ein, wenn es in anderen Feldern um Offenheit und Pluralität geht? Peter Ludwig und Frau Irene, beide Kunsthistoriker, waren schon immer großzügig: als nach 1945 noch kein Hund ein Stück Brot vom Nazi-Bildhauer Arno Breker annahm, ließen sie sich von ihm porträtieren. Regt sich die Spekulation? Im Hanseatischen Auktionshaus in Hamburg wird bereits auf Nazi-Kunst gesetzt. Prof. Dr. Bazon Brock (Universität Wuppertal) argumentiert gegen das Ausstellen: Die Bilder besitzen mindere Qualität, nur durch Macht haben sie sich in den Vordergrund schieben können. »Ja, wir haben Angst vor den Bildern.« Bazon Brock weist darauf hin, daß es Voraussetzungen für Urteile geben müsse, und fürchtet, daß viele sie nicht haben. »Ich vermute, daß es sogar die Sehnsucht gibt, ästhetisch doch genießen zu können, was man verstandesmäßig ablehnt.« Man dürfte den Nazi-Bildern nicht die Möglichkeit einräumen, ein gesellschaftliches Ereignis zu werden.

Klaus Staeck, Nr. 77045, Führer und Sammlerehepaar Ludwig, verewigt von Arno Breker, 1986



Walter Smerling, Scholle, Schamhaar, Schützengraben – wohin mit der Nazi-Kunst. Redaktion: Knut Fischer (WDR Köln). ARD 17. 5. 1987, 22²⁰–23¹⁵ Uhr.

Zeche als Baudenkmal

Die gesamte Anlage der letzten Essener Zeche Zollverein XII (letzte Schicht 1986) wurde unter Denkmalschutz gestellt. Die 1928/1932 von Fritz Schupp und Martin Kremmer gebaute Zeche gilt als einer der wichtigsten Bauten in der Geschichte der Industriearchitektur. Die Nutzung steht noch nicht fest. Das Ereignis dürfte neben der Unterschutzstellung des Schiffshebewerkes in Henrichenburg zum wichtigsten in der BRD zählen. Großen Anteil daran hat der Bauminister von Nordrhein-Westfalen, Dr. Christoph Zöpel.

Montanmuseum

Vier Jahre, nachdem Hessens letzte Eisenerzgrube »Fortuna« in Solms-Oberbiel bei Wetzlar die Förderung eingestellt hat, wurde sie im Mai 1987 als Montanmuseum eröffnet. Das Verdienst kommt einem Förderverein zu. Zum Museum gehören ein altes Zechenhaus und die Schachteinfahrt in das Bergwerk, mit einer einstündigen und einer mehrstündigen Tour in hundert Metern Tiefe, mehrere Kilometer durch den Berg, zu Abbautechniken vor Ort.

Verwertungsgesellschaft Wort

Ähnlich der GEMA im Bereich der Musik verwaltet die »Verwertungsgesellschaft Wort, vereinigt mit der Verwertungsgesellschaft Wissenschaft«, die Urheberrechte für Sprache (Bibliothekstantieme, Kopiergeräteabgabe u. a.). Die Mitgliedschaft ist kostenlos und auch für Kunsthistoriker zu empfehlen. Informationen: VG Wort, Goethestraße 49, 8000 München 2, Tel. (089) 51 41 20.

Hochschule für Gestaltung und Design in NRW?

In den Fachbereichen Design der Fachhochschulen Bielefeld, Dortmund und Münster wird, in Zusammenarbeit mit der Vorlage eines Kunsthochschulgesetzes im Landtag Nordrhein-Westfalen, eine Hochschulreform diskutiert: Neben der Kunstakademie als Bereich der freien Kunst soll eine eigenständige gleichberechtigte Hochschule für angewandte Kunst,

eine Hochschule für Gestaltung und Design entstehen. Vor allem der Design-Bereich in Bielefeld ist unzufrieden über die Einbindung der Tradition der historischen Werkkunstschule in das Gefüge der von den Bereichen Technik und Wirtschaft dominierten Fachhochschule. Dessen Strukturen, so wird argumentiert, hätten zu einem erheblichen Verlust an Intensivierung geführt. Die Einführung von EG-Normen werden dies verschärfen. Die Forderungen schließen ausdrücklich Interessen standespolitischer Art aus. Die Reform sei machbar, weil sie kostenneutral durchgeführt werden könne.

Schubart-Grab unter Denkmalschutz

Der Stuttgarter Hoppenlau-Friedhof (1625, 1749 und 1849 erweitert) wurde unter Denkmalschutz gestellt. Hier befinden sich die Gräber von Christian Daniel Schubart, Wilhelm Hauff und Gustav Schwab.

Widersprüche in Rotterdam

In Rotterdam rekonstruierte der Kunstverein die im Krieg zerstörte Fassade des Café de Unie von J. J. P. Oud, einem der Mitbegründer der Stijl-Gruppe. Zur gleichen Zeit reißt die Stadt den schönsten avantgardistischen Siedlungsbereich der Niederlande, das Weiße Dorf von J. J. P. Oud (1922) ab. Der Kunstverein hatte zu den vielen Protesten aus der BRD, Schweiz und Österreich gegen die Zerstörung der berühmten Siedlung geschwiegen. Gegen die Rekonstruktion der Fassade des Cafés gab es viele Leserzuschriften von Architekten: sie behaupteten, zeitgenössische Architektur sei besser. Nach dem Urteil von Besuchern entstand im Neubau hinter der Fassade die »Langeweile einer Stadtwerkekantine in neuer Architektur«.

Konzentration – und die Folgen?

Was steckt hinter der Verlautbarung, daß die Denkmalpflege der DDR sich aus Kostengründen – so der stellvertretende Kulturminister Friedhelm Grabe – in den nächsten Jahren prinzipiell auf Baudenkmale konzentrieren will, die aus der Sicht des Staates »von der größten Bedeutung und der größten gesellschaftlichen Wirksamkeit« sind? Was geschieht in den Regionen? In Städten und Dörfern?